

Blocks Partei geht davon aus, daß die niedersächsischen Bauern zu keiner Zeit machtpolitisch eine Gefahr für Europa und den Weltfrieden bedeutet haben. Sie erklärt eine Enteignung, die nicht ökonomisch, sondern politisch begründet ist, für gefährlich. Den Ruf der ostvertriebenen Bauern auf Lastenausgleich beantwortet die Deutsche Partei mit nebelhaften Aspekten auf Rückgabe der Ostgebiete. Sie beruft sich darauf, daß einem forcierten Lastenausgleich im Grundbesitz nur wahl-demagogische Bedeutung zukomme, da das enteignete Land zur Zeit noch gar nicht besiedelt werden könne. Die SPD hinwiederum weiß, daß aufgeschoben in Sachen Bodenreform und Sozialisierung leicht aufgehoben werden kann, je länger der Krieg zu Ende ist.

Die niedersächsischen Sozialdemokraten versuchten deshalb, auf Umwegen über das Siedlungsgesetz doch noch an die 100-ha-Grenze heranzukommen. Der Ministerpräsident, der bäuerlichen Kreisen nahesteht, suchte unter schweren Bedenken seiner Fraktion zu vermitteln: Wegen der 27 000 ha, die bei einer Annahme der 100-ha-Grenze mehr frei würden, dürfe man eine Vorlage von solcher Tragweite nicht scheitern lassen. Kopfs Vorschlag: Sobald Siedlungsmöglichkeiten bestehen, soll den Besitzern über 100 ha nicht „bei Bedarf“, sondern in jedem Fall Land abgepachtet werden, und zwar nicht 12 bis 20 Prozent, sondern alles Land über 100 ha.

Diesen Vorschlag hatte Kopf mit dem CDU-Flüchtlings-Abgeordneten Arndt abgesprochen. Der linke Flügel der CDU unter Dr. Gereke war denn auch nach tumultuarischen Fraktionsbesprechungen nahe daran, den Linksparteien für diesen Pyrrhus-Sieg Majorität zu verschaffen. Gereke selbst, ein nicht nur für niedersächsische Begriffe glänzender Parlamentsredner, eilte noch einmal ans Pult — dort brach der Landrat a. D. und Landwirt aus Thüringen ohnmächtig zusammen.

Statt seiner sprach CDU-Fraktionsführer Oberkirchenrat Cillien, der Gereke etliche Alleingänge übelgenommen hat. Er beharrte unnachgiebig, und die SPD bekam Gelegenheit, ihr Rücktrittsversprechen wahr zu machen.

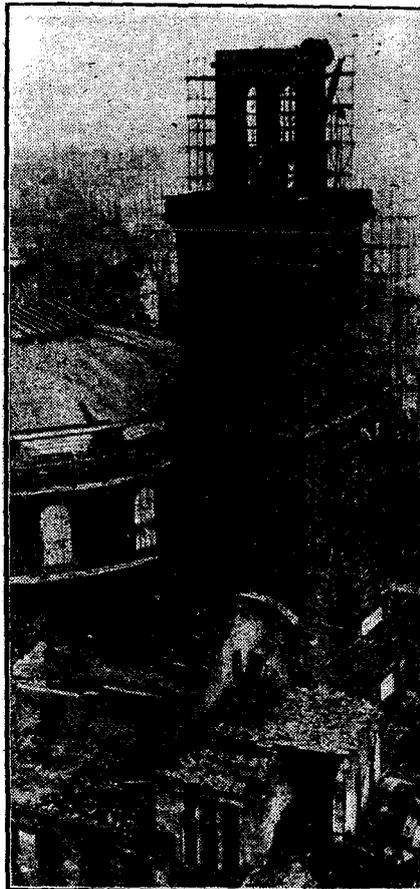
Sie verzichtete vorerst darauf und gewann 14 Tage Zeit, indem sie für die dritte Lesung noch einen Abänderungsvorschlag einzubringen versprach. Verfällt auch dieser, wie zu erwarten, der Ablehnung, hat die SPD immer noch einen Grund abzutreten.

Dabei könnte aber mit Rücksicht auf das polnische Auslieferungsbegehren der SPD eine Zurückziehung Kopfs und seiner drei sozialdemokratischen Mit-Minister im Augenblick unpassend erscheinen, da sich nach Lord Pakenham auch Dr. Schumacher auf die persönliche Untadeligkeit des Ministerpräsidenten festgelegt hat.

Schwarz-rot-gold umrahmt

Der Berliner Bär ist böse (s. Titel)

Wenn die termingerechte Renovierung des bombenzerkratzten Symbols der deutschen Embryonal-Demokratie von 1848 ebenso feststände wie der Kultur-speisetzettel zur Frankfurter Jahrhundertfeier, dann wäre dem blankpolierten Stadtoberhaupt wohlher. So aber geht Walter Kolb schon jetzt beschwörend rein. Die Amerikaner sagten höflich nein zu seinem Anliegen, dem Frankfurter Paulskirchensymbol bizonale Prioritäten zu gewähren. Und so fürchten die Bürger der Main-Metropole, die Behelfs-



Das bombenzerkratzte Symbol
Auf der Spitze Funkenregen

demokratie werde sich beim feierlichen Zentenarium des Frankfurter Reichsparlaments von 1848 am 18. Mai mit einem Behelfsbau begnügen müssen.

Das heißt, fürchten ist eigentlich zuviel gesagt, denn sie interessieren sich bei weitem nicht so sehr für die pfingstliche Weihwoche wie ihr Oberbürgermeister. Sie ärgern sich höchstens, daß sie ihnen noch einige Monate länger undichte Dächer beschert. Auch aus dem Rathaus verlautet inoffiziell, daß man trotz vierzoner Beiträge zum Paulskirchenbau auf den Frankfurter Wohnbausektor zurückgreifen mußte.

Die „Fränkische Landeszeitung“ hatte schon vor einem Jahr gefunden, es sei der Demokratie bekömmlicher, wenn erst Wohnungen und dann demokratische Symbole gebaut würden, als ihr die von Ansbach gespendeten Schnittholzscheine über fünf Kubikmeter nicht paßten. Trotzdem verband sich Niederlahnstein der Demokratie mit vier Zentner Verbundnägeln. Rudolf Paul, damals noch Thüringen-Premier, stiftete der Namensbase 20 Waggon-Bauholz, Braunschweig machte ein Kirchenfenster locker. Wittlich an der Mosel beschloß, eine deutsche Eiche zu pflanzen, und die SED gab 10 000 Mark.

„Den Vorkämpfern der deutschen Einheit“ steht auf dem Doppel des obeliskartigen Denkmals vor dem zerstörten Kuppelbau. Dahinter leuchtet unter den elf Schildern beteiligter Baufirmen die Reklame der Firma Philip Holzmann AG, deren Verdienste um Bauten aus großer Zeit noch unvergessen sind.

Unter dem Schutz von Gewehrträgern in der grünen Uniform der Interniertenwächter wird an der demokratischen Auf-

rüstung emsig geschant. 416 Zusatzverpflegungsempfänger turnen auf dem dünnen Stahlrohrgerüst umher. Auf seiner Spitze sprüht Funkenregen.

Während die Steinmetze mit ihrer Termin-Skepsis vorsichtshalber anonym zu bleiben wünschen, zeigt die Stadtverwaltung bürgermeisterinspirierten Optimismus.

Das Programm jedenfalls steht. Es wird mit allerhöchster Genehmigung eine Woche lang schwarz-rot-gold umrahmt sein. Diesmal werden die Reichsfarben nicht unerwünscht wehen, wie vor einem Jahr bei der Gründung Bizoniens. Auch sonst wird viel zuwege gebracht werden, von Oertels Dokumentarfilm bis zu Beethovens Neunter, von Martin Niemöller bis Victor Gollanz, vom Kunstradfahren bis zum Feuerwerk. Thomas Mann allerdings, der sich gerade eben mit Goetheschem Stolz neben André Gide und Bernard Shaw selbst einen Platz im Triumphvirat der größten lebenden Dichter einräumte, wünscht statt eines rhetorischen Beitrags dem lieben alten Frankfurt die Erneuerung seines einstigen Ruhmes.

Dafür wird am 18. Mai Walter Kolb nach Glockengeläut und Vier-Zonen-Stafette festreden. Der Oberbürgermeister, dessen beleibte Fülle der Kommunist Emll Carlebach despektierlich als eine „Fettpende aus dem Rheinland“ ansprach, ist ein Stadtoberhaupt von La-Guardia-Prägung. Mit deftiger Popularität taufte er kürzlicher eighändig den sibirischen Zoobären Karli, wobei es allerdings zeitweise so schien, als würde der „Ober“ von Karli getauft (siehe Titel). Bauarbeitern händigt er persönlich ihre Stiefelspende aus.

Wenn er im Sommer spät abends in seinem Höchster Bolongaro-Palais zurück ist, pflegt er mit seinem schwarzen Schäferhund durch den Main zu schwimmen.

Eine Lokalzeitung übertrieb nicht, als sie schrieb, der Mann mit der unverhohlenen Vorliebe für repräsentative Gesten arbeite wie ein Stier. Wogegen die Herren aus seiner Umgebung ein wenig übertreiben wenn sie vertraulich erzählen, er bevorzuge beim Genuß von Flüssigkeiten Selterwasser.

Kolb ist nicht nur Oberbürgermeister, sondern sitzt auch in der Leitung der evangelischen Kirche und ist Vorsitzender des Jugendherbergs- und des Tierchutzverbandes.

Die 190 Zentimeter des 46jährigen Bonner Rechtsanwalts wiegen gut und gerne ihre drei Zentner. Dem Hang zur Politik frönte er schon 1923 als Vorsitzender des republikanischen Studentenverbandes in Frankfurt, und noch vorher als Bonner Student im Ruhrkampf („Das Rheinland gehört zu Deutschland“). Er kam dafür auch ins französische Gefängnis.

Die Nationalsozialisten warfen 1933 den jüngsten preußischen Landrat hinaus. 1941 holte ihn Preußen als Flakkanonier wieder. „1943 wurde er zur Dienstleistung bei der Militärverwaltung Nordfrankreichs abkommandiert“, heißt es kurz in seiner presseamtlichen Lebensgeschichte. Als man aber einmal einen CDU-Minister ablehnte, weil er Kriegsverwaltungsrat in Belgien gewesen war, sagte Konrad Adenauer spitzig: „Der jetzige Oberbürgermeister von Frankfurt — läßt er sich eigentlich immer noch Her Doktor nennen? — war doch auch Kriegsverwaltungsrat.“ Walter Kolb war als Kriegsverwaltungsrat, angeblich wegen Soldatenaufhebung, ins KZ geschickt worden.

Als es ihm nicht mehr paßte, neben dem für ihn zum Oberbürgermeister geworde-

nen Karl Arnold Oberstadtdirektor von Düsseldorf zu sein, widmete er sich den historischen Möglichkeiten Frankfurts (in Klein-Amerika gibt es keine Oberstadtdirektoren).

Die wird er zur Mai-Feier mit dem bekannten Pathos seiner offiziellen Reden noch einmal um und um drehen. Er kann allerdings auch anders reden, nämlich mit federnder Elastizität (die übrigens auch seinem Schritt eigen ist), so daß ihn die Frankfurter Karnevalisten sogar für die Stadtmannschaft aufstellten, die das traditionelle Turnier der Büttenredner mit Mainz durchfechten sollte.

Kolbs größte Sorge ist, daß Frankfurt von Berlins März-Gedenken in den Schatten gestellt werden könnte. Die Berliner bekommen Vier-Sektoren-Sitten gemäß den Festakt zur Erinnerung an die 1848er März-Revolution in zwei verschiedenen Programmfolgen serviert. Der mit westdemokratischer Mehrheit operierende Magistrat und der ostinzierte Volkskongreß rivalisieren. Beide zusammen rivalisieren mit Frankfurt. Der Berliner Bär, neuerdings heraldisch und politisch arg beschnitten, ist ausgesprochen böse.

Eigentlich wollten die Stadtväter ihre Gedenkfeier am 18. März in der Staatsoper veranstalten, aber als sie beim Opernchef Ernst Legal vorfragten, schnaufte der Vierkantschädel zurück. In der Oper tagt am 17. und 18. März der Volkskongreß zum zweiten Einigungsversuch mit Blickrichtung auf 1848. Das Atelier Harald Becker in Friedenau arbeitet unentwegt an den geforderten Dekorationsentwürfen. 78 Sitze stehen für den Kongreßvorstand auf dem Karton, bis auf den letzten Buchsbaum wird geplant.

Der Berliner Magistrat landet statt dessen in der Städtischen Oper. Vielleicht auch noch auf dem Gendarmenmarkt, wo 1848 die März-Gefallenen aufgebahrt waren. Aber das ist im Sowjetsektor, und man befürchtet Teilnehmersteuerung. Meterhoher Schutt bedeckt zur Zeit noch trostreich den umstrittenen Platz.

Die Magistratsausstellung „1848“ im Berliner Schloß hat in der „1848-Ausstellung“ der Zentralverwaltungen der Sowjetzone Konkurrenz. 500 000 Mark Gedenkkosten veranschlagte der Magistrat im Etat. Die Kommandantur strich. Die Stadtväter veranschlagten neu. 900 000 Reichsmark sind inzwischen für Märzfeiern bewilligt.

Einen demonstrativen Zug zu den Gräbern lehnen SED und SPD ab. Sie hätten keine Schuhe, sagten die Sozialdemokraten. Außerdem erlaube der kleine Friedhof in Friedrichsheim keine Demonstrationen.

Die werden in der Zone um so eindrucksvoller sein, denn schon am 2. Februar sicherte Marschall Sokolowski kraft allerhöchsten Befehls den Kindern für den 18. März schulfrei und dem werktätigen Volk einen Nationalfeiertag.

La belle France

In vier Wochen wieder deutsch

Innerhalb von zehn Wochen hat sich Walter Fitz aus Mannheim neu eingekleidet. Nicht auf krummen Wegen, sondern regulär von seinem Arbeitsverdienst. Allerdings in Frankreich.

Der 22jährige Gärtner und ehemalige Kriegsgefangene ist jetzt Arbeiter in einem nordfranzösischen Bergwerk. „Wir haben in jeder Hinsicht die gleichen Rechte wie die Franzosen“, versichert er und vergräbt die Hände in den Taschen des hellen Gabardine-Mantels, der mit einer dunklen Baskenmütze der charakteristische

Dreß für die aus Frankreich beurlaubten deutschen Zivilarbeiter ist.

Die rund 150 000 deutschen Arbeiter haben allerdings auch die gleichen Pflichten wie die Franzosen. „Wenn wir beim Streiken nicht mitmachen, werden die Kumpels rabiat und ziehen gleich mit Schießknüppeln auf Streikwache“, erzählt Walter Fitz. Beim großen Streik haben die Deutschen also, mitmachen müssen, aber sie ärgerten sich nur über den ausgefallenen Lohn. Die Streikleitung bezahlte nämlich nur die Streikposten, und das mußten Kommunisten sein.

Eifer und Akkordeleistung der Deutschen werden allenfalls von polnischen, italienischen und spanischen Kollegen erreicht, nicht aber von den Franzosen selbst. In einigen Gruben bestanden darum die Franzosen auf Entfernung der deutschen Kollegen, weil sie mit ihrem Tempo die Unternehmer verwöhnten.

Immerhin hat die CGT (Confédération Générale de Travail) erreicht, daß die deutschen Arbeiter bei Unfall oder Krankheit einen Ausgleich von 50 Prozent ihres Lohnes bekommen.

Für die Jugend von Kaiserslautern, die mit Leiterwagen in zwei militärisch ausgerüsteten Reihen vor dem Hauptbahnhof auf die Frankreich-Urlauber wartet, ist Fitz der Mann, für den sich das Gepäckbefördern lohnt. Die ankommenden Poilus müssen ihr Bündel selber tragen. Den deutschen Zivilarbeitern wird das Gepäck aus der Hand gerissen und zur Barbarossa-Schule, dem Durchgangslager, gebracht. Sie zahlen freigebig mit Zigaretten, Orangen, Schokolade.



Nicht auf krummen Wegen
Im Koffer: 15 Kilo Lebensmittel

Die jungen Dienstmänner wünschen, das Urlaubslager möge eine Dauereinrichtung bleiben. Andere wünschen es weit weg. Eine Million Mark Lager-Unkosten hat die Stadt für die 1500 Durchreisenden täglich bereits aufbringen müssen. Jeder Zivilarbeiter bekommt im Durchgangslager 40 Mark und Verpflegung.

Nur der geringere Teil der Zivilarbeiter will den Arbeitsvertrag, der in einem Jahr abläuft, verlängern. Er soll ihnen nur dienen, sich einzukleiden und die Kriegsgefangenschaft ein wenig zu verkürzen. Wer für eine baldige Entlassung günstig eingestuft ist, bleibt im Lager. Nach Deutschland wollen fast alle wieder, allerdings haben sie keinen Begriff vom Leben in Deutschland, wenn sie in den französischen Schaufenstern deutsche Schuhe, Lederwaren, Textilien und feinmechanische Erzeugnisse zum freien Verkauf sehen.

Man will schließlich auch mal Familie haben, sagt Walter Fitz. Eine Französin möchte er nicht heiraten. Sie sind ihm zu anspruchsvoll und haben ihm zu französische Vorstellungen von Häuslichkeit. In Südfrankreich sind die zierlichen Französinen zudem sehr stolz, und der deutsche Arbeiter ist dort noch immer der Boche. Im Norden haben sich zwar manche mit einer petite chérie verlobt, aber die meisten denken doch wie Walter Fitz.

Die französische Regierung hat grundsätzlich gestattet, daß Zivilarbeiter ihre Familien nach Frankreich holen, wenn Wohnraum nachgewiesen wird. Sie bezahlt sogar die Fahrtkosten. Deutsche Bräute allerdings dürfen nur nach Frankreich einreisen, wenn sie ebenfalls einen Arbeitsvertrag für ein Jahr unterschreiben.

Eine Wohnung nachweisen ist schwer. Die meisten Zivilarbeiter hausen mit fünfzig Mann in Baracken, für fünf Franc täglich. Sie dürfen sich ein möbliertes Zimmer mieten, aber sie bekommen keins. Die Unverheirateten behaupten, in Frankreich angenehm zu leben. Der Monatsverdienst eines Bergarbeiters beträgt durchschnittlich 18 000 Francs. Davon bleiben einige tausend für Anschaffungen übrig.

Viel geht allerdings auch für Lebensmittel-Schwarzkäufe drauf. Die Lebensmittellkarte T 4 allein langt nicht. So spart sich dann doch ein Anzug für 16 000 Francs oder ein Paar Schuhe für 2000 Francs in einem Monat nur unter Mühen.

Die ehemaligen Kriegsgefangenen können sofort nach Abschluß ihres Arbeitsvertrages einen einmonatigen unbezahlten Urlaub in Deutschland beantragen. Nur die russische Zone ist gesperrt. Man hat zu schlechte Erfahrungen gemacht. Die Russen sollen die Urlauber in die sächsischen Gruben und Uranbergwerke gesteckt haben. Andere wurden ausgeplündert, in abgerissene deutsche Uniformen gekleidet und zurückgeschickt. Jetzt bestechen die Urlauber die russischen Grenzposten. Ohne Paß soll es zudem sicherer sein. Nur auf prallgefüllte Rucksäcke müssen die Grenzgänger verzichten. Jeder Urlauber kann sonst 30 kg zollfreies Gepäck mitnehmen. Darunter 15 kg Lebensmittel und 400 Zigaretten.

Viele Kriegsgefangene haben sich verpflichtet, um Frankreich als Sprungbrett für eine Auswanderung nach Südafrika oder Australien zu benutzen. Der Wunsch wird besonders lebhaft, wenn sie von ihrem Deutschland-Urlaub zurückkehren. Die vier Wochen genügen, um aus ihnen wieder Deutsche zu machen. Als solche fahren sie ausgehungert zurück in die „belle France“, mit Verspätung vielleicht, aber in der Mehrzahl doch ohne ein Gelüst zu vorzeitiger Desertion nach Deutschland zu spüren.